

Wirtschaftsplanung mit der angeblichen Erparnis von Verwaltungsstellen — 188 Minister und 8000 Parlamentarier haben die Behörden der „Germania“ ausgerechnet — zu begründen. Wenn laut der Bundesstaaten Reichsprovinzen eingerichtet werden, so brauchen diese doch auch ihren mehr oder minder umfangreichen Verwaltungsapparat, und es ist sehr die Frage, ob die Kosten dann wesentlich geringer sein würden als unter dem jetzt bestehenden Zustand. Doch davon abgesehen, darf eine so lebenswichtige Frage des deutschen nationalen Daseins umhüllt unter dem Gesichtswinkel des Kostenpunktes betrachtet und entschieden werden. Es handelt sich hier um die Aufrechterhaltung der Wirtschaft des Reiches, die nur gewährleistet werden kann, wenn der Boden, in dem der Reichsbaum gepflanzt ist, seine natürlichen Nährstoffe behält. Das ist aber nur dann der Fall, wenn die nationalgeschichtliche und kulturelle Entwicklung Deutschlands, die auf der Mitte und den Leistungen der selbständigen führenden Gliedstaaten des Reiches beruht, bei dem weiteren Ausbau der verfassungsmäßigen Einrichtungen gewahrt und nach ihrer hohen, unerfälschlichen Bedeutung für das Gedeihen des Reiches voll eingehend wird. Der Bundesstaat ist und bleibt nun einmal die einzig natürliche und dem deutschen Nationalcharakter richtig angepasste Form der staatlichen Betätigung Deutschlands, und die Demokraten verkennen ein Grundgesetz unserer vaterländischen Entwicklung, wenn sie schablonenmäßig nach spanischen und englischem Muster Deutschland mit dem reinen Einheitsstaat beglücken wollen. Sie tun gerade so, als ob der braun gestrichelte Einheitsstaat eine Art von demokratischem Gemeinwesen wäre. Das ist aber eine arge Selbsttäuschung, wie ein Blick auf die nordamerikanische Union und die Schweiz lehrt, wo beiderseits eine starke Zentralgewalt neben einer kräftig entwickelten Landesobwohl der einzelnen Staaten besteht. Auch der absolute Reichspatriotismus, den die Demokraten ostentativ zur Schau zu tragen lieben, ist ohne feinen Niederschlag in der einzelstaatlichen Demokratie ein zweifelhaftes Gewächs. Der verstorbene Professor Heider pflegte in seinen Vorlesungen diesen Gedanken dahin auszuführen, daß ihm die Werte immer verdächtiger seien, die mit ihrem alleinigen Reichspatriotismus sprahlen und von der engeren Heimat nichts wissen wollten; gerade die Anhänglichkeit an diese sei für ihn das Kennzeichen des wahren Patriotismus, der aus der Heimat herauswache und sich von da um das größere Vaterland schlinge. Wie dieser Auffassung stimmt inhaltlich auch das überein, was der jüdische Ministerpräsident am Schluß seiner vorverkauften Ausführungen gesagt hat: „Des Reiches Gedeihen ist unser höchstes Gesetz, aber das Reich kann nur gedeihen, wenn seinen Teilern Lebensmöglichkeit und Lebensfreudigkeit gelassen wird.“ Das ist der richtige Geist, in dem der Ausgleich zwischen Unitarismus und Föderalismus vollzogen werden muß. Wenn die Unitarier hier keinen Mittelweg zu finden verstehen, sondern nur Gewalt den reinen Einheitsstaat erzwingen wollen, so gefährden sie gerade das, was ihr höchstes Ziel ist und was auch die Föderalisten auf bundesstaatlicher Grundlage mit ganzer Seele erstreben: die Einheit des Reiches.

### Neue Enthüllungen im Falle Ehrlich.

In der neuesten Nummer der „Zukunft“ wird ein Brief veröffentlicht, den Ernst Sonnenfeld, der in Holland internierte Vertrauensmann von Georg Ehrlich, an seinen Verteidiger, einen Berliner Anwalt, gerichtet hat. Der Brief lautet: „Ich kann unter Eid und unter Angabe von Zeugen nachweisen, daß ich als Rahmmeister unserer Regierungsbüro den Auftrag erhalten habe, eine Prämie von 50 000 M. dem auszuwählen, der die Liebste oder die Zugewandte tot in den Reichstag einliefern werde. Ich kann diesen Befehl, der mit Erklärungen gegeben wurde, in allen Einzelheiten und Folgerungen genau detaillieren. Später erzählte mir der Sohn von Ehrlich, daß sein Vater und Scheidemann (damals Volksbeauftragter) gemeinsam 100 000 M. für diese Tat ausgesetzt hatten, daß sich daraufhin Ehrlichs Neffe, Alfred Bopp, an der Tat angeheuert habe, von Scheidemann aber, als zu unsicher, abgelehnt worden sei. Herr Ehrlich wird über die Genauigkeit meiner Aufzeichnungen staunen; ich begann sie in dem Augenblick, wo mir ein Vordr über den Menschenwindel aufgegangen war. Einige Partien sind es auch sehr interessant, wenn ich an der Hand der Belege nachweise, daß eine sozialdemokratische Wahlpropaganda mit ihren großen Kosten von der Staatskasse bezahlt worden ist.“

Hierzu vertritt das N. T. B. von zuständiger Stelle folgende Behauptung: Die „Zukunft“ veröffentlicht einen Brief des wegen schwerer Verbrechen verfolgten, nach Holland geflohenen Ernst Sonnenfeld. In diesem Briefe wird behauptet, daß eine sozialdemokratische Wahlpropaganda mit ihren großen Kosten von der Staatskasse bezahlt worden ist. Diese Behauptung ist frei erfunden. Es sind niemals amtliche Mittel für die Wahlpropaganda irgendeiner Partei verwendet worden.

Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu u. a.: Politische Bedeutung gewinnt dieser Sonnenfeldsche Kriminalfall erst durch den Umstand, daß die „Freiheit“ den Schwindelbrief des Defraudanten an der Spitze ihrer Abendausgabe vom Freitag in großen Lettern abdruckt und ihn mit der Überschrift verleiht: „Ist das wahr?“ Wir denken, die meisten Leser der „Freiheit“ werden intelligent genug sein, die Antwort auf diese geistvolle Frage selbst zu finden. Sie werden mit Unwillen bemerken, daß ihr Blatt im Besonderen in den Klagen der tagelänglichen Grobverleumdungen herabzusetzen, denen keine marktschreierische Sensation zu schenken ist, um mit ihr nicht Käufer anzulocken. Wenn sich aber unter den Lesern der „Freiheit“ auch nur ein einziger — Kinderer befindet, will der Chefredakteur Dr. Rudolf Diering die Folgen der redaktionellen Gewissenlosigkeit seines Blattes auf seine Verantwortung nehmen?

### Ein bemerkenswerter Austritt aus der Partei der Unabhängigen.

In der Wochenchrift „Der Marxist“ veröffentlicht Dr. Reitzke, der frühere Chefredakteur der „Freiheit“, ein Schreiben, in welchem er seinen Austritt aus der Partei mit folgender Begründung erklärt: „Der Leipziger Parteitag hat Beschlüsse gefaßt, die ich nicht verantworten kann, und das in Fragen, die für mich von ausschlaggebender Bedeutung sind. Ich lehne jede Diktatur ab, auch die einer proletarischen Gruppe, deren Grundzüge ein Rätesystem mit Entziehung bestimmter Bevölkerungsteile bildet. Wenn der Leipziger Parteitag sich für eine Diktatur des Proletariats erklärt hat, und wenn er unter offenem Bruch mit der zweiten Internationalen seinen Willen zur Verbindung mit Moskau kundgegeben hat, so kann ich darin leider auch nicht das Ergebnis einer Zufallsmehrheit sehen. Mehr und mehr habe ich mich davon überzeugen müssen, daß Männer wie Kautsky und Erdöel in der Unabhängigen Partei schlechtere Fallgelehrte sind, und daß der Partei beherrschende Geist es mir einwillen geradezu unmöglich macht, irgendwie fruchtbar für meine Überzeugung zu wirken.“

### Witwows Erklärung.

Kopenhagen, 19. Dez. Unmittelbar nach dem einem Teil der Väter schon gemeldeten Abbruch der Verhandlungen zwischen O'Grady und Witnow sandte letzterer eine offizielle Erklärung heraus, in der er die ganze Verantwortung für den Abbruch der Verhandlungen den Engländern zur Last legt. In einem Interview mit „Politiken“ berichtete er von sorgföhrlichen Sloggen der Politikern in den letzten Tagen und äußerte keine unverständliche hohe Hoffnung auf die kommende Winterkonferenz.

### Die Zukunft des Außenhandels.

Berlin, 20. Dez. Der Unterstaatssekretär Sirich im Reichswirtschaftsamt hat dem Reichswirtschaftsminister die Zukunft des Außenhandels. Auf die Frage, ob die Ausfuhrabgabe finanzieller oder wirtschaftlicher Art sein soll, erklärte Herr Sirich, daß die Ausfuhrabgabe nicht finanzieller Natur sei, sondern lediglich die Verschleuderung deutscher Waren und die Entblößung des deutschen Marktes von lebenswichtigen Waren verheißt. Unter „lebenswichtigen Waren“ versteht Herr Sirich Nahrungsmittel, Holzmaterial, Bekleidung, Schuhwerk, Wäsche, Hausgegenstände, Baustoffe, die sowohl für das große Bauprogramm der Regierung im Inlande, als für den Wiederaufbau in Nordfrankreich dringend erforderlich sind. Gerade nach diesen besteihe im Auslande größte Nachfrage. Mitbestimmend für die Entscheidung der Regierung wären weiter die Klagen des Auslandes über das Dumping und die Tatsache, daß der Export sich zu einem Mittel der Kapitalverchiebung entwickelt hätte. Auf die Frage nach der rechtlichen Grundlage, auf der man eine Abgabe verlangt, und welche Stelle diese Abgabe ausführen solle, antwortete Herr Sirich: „Die rechtliche Struktur aller dieser Maßnahmen ist nur auf zwei Arten möglich. Entweder man macht die Ausfuhr von einer Bewilligung abhängig oder man läßt die Ausfuhr frei, erhebt aber dann bei manchen Waren beim Grenzübergang einen Zuschlag zum Preise. In diesem Falle wird es sich um eine amtliche Abgabe handeln.“

Die Ansicht, des Reichswirtschaftsamtes geht dahin, die Grenzabgabe nur als Hebelgangsmaßregel zu benutzen, und zwar nur dort, wo wirtschaftliche Selbstverwaltungsmöglichkeiten noch nicht bestehen. Im allgemeinen soll die tatsächliche Regulierung der Ausfuhr den vorhandenen oder zu bildenden gemeinsamen Selbstverwaltungskörpern von Industrie, Arbeitern, Handel und Verbrauchern, sogenannten Außenhandelsstellen, zu übertragen sein, denen jeweils als letzte Instanz ein Bevollmächtigter des Ein- und Ausfuhrkommissars beigeordnet ist.

Um die zu erwartenden Einwände aus Kreisen der Arbeiterklasse gegen die starke Heranziehung der Privatunternehmer zu entkräften, soll ein gewisser Betrag als Abgabe für soziale Zwecke erhoben werden.

### Deutsche Kinder in Kopenhagen.

Kopenhagen, 20. Dez. Hier sind gestern abend 800 deutsche Kinder aus Berlin, Dresden und Leipzig eingetroffen, die auf Einladung von Arbeiterfamilien die Weihnachtsferien in Kopenhagen verbringen sollen. In der letzten Zeit trafen wöchentlich mehrere Transporte deutscher Kinder hier ein, die über das ganze Land verteilt wurden. Zurzeit werden auch Vorbereitungen zum Empfang von Wiener Kindern getroffen.

### Wiener Enthüllungen.

Wien, 19. Dez. In den nächsten Tagen erscheint ein Buch des Oberleutnants Emil Seeliger, der während des Krieges Professorreferent der Marinektion war, unter dem Titel „Döberdorf, der Retter Berlins, und andere Enthüllungen“. Aus diesem Buch veröffentlicht heute die „Wiener Allgemeine Zeitung“ einen Artikel, der sich mit der Audienz des Grafen Seppellin bei Kaiser Wilhelm im Herbst 1915 in der Frage der Luftangriffe auf London beschäftigt. Seppellin war der Ansicht, daß nur durch einen Masseneinsatz seiner Geschwader gegen London ein Erfolg erzielt werden könne, und trug dieses dem Kaiser vor. Dieser sagte: „Sie beabsichtigen also, sämtliche Geschwader gleichzeitig über London zu schicken und die offene Stadt London zu bombardieren?“ — „Majestät! London hat außerordentliche Abwehrmaßnahmen. In allen Ecken und Enden sind seine Batterien und Scheinwerfer aufgestellt. Völlerrichtig ist London nicht als offene Stadt zu betrachten, und wie oft haben englische und französische Flieger nicht schon auf unsere Städte Bomben abgeworfen?“ Graf Seppellin trug dem Kaiser seinen Plan vor und erklärte, daß dies das letzte und einzige Mittel sei, England zur Vernunft und zur Erkenntnis zurückzuführen, daß es im Interesse der Kontinentalmacht nichts zu suchen hat. Der Kaiser erwiderte: „Graf Seppellin, Sie werden die Verdunstungsangriffe auf London nicht durchzuführen! Es ist hinreichend, wie bisher die militärischen Objekte in der englischen Hauptstadt zu bombardieren.“ Die Audienz war damit beendet.

### Der neue Gouverneur der Oesterreichisch-ungarischen Bank.

Wien, 20. Dez. Wie das Wiener Korrespondenz-Bureau hört, haben sich die österreichische und ungarische Regierung damit geeinigt, den gewesenen österreichischen Finanzminister Dr. Spillmüller zum Gouverneur der Oesterreichisch-ungarischen Bank zu wählen. Mit den Vertretern der Nationalbanken ist schon vorher Abklärung angenommen worden. Eine diesbezügliche amtliche Erklärung wird demnächst in Wien und Budapest veröffentlicht werden. (N. T. B.)

Wien, 19. Dez. Mit Admiral Gateu sind die französischen Delegierten der internationalen Donau-Kommission aus Budapest auf einen Tag hier eingetroffen. (N. T. B.)

### Das Schicksal des Kuffschiner Ländchens.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)  
Prag, 19. Dez. In der tschechischen Nationalversammlung richteten mehrere tschechische Abgeordnete an den Ministerpräsidenten eine dringende Anfrage, in der sie auf die unangenehmste Lage der tschechischen Bevölkerung in Preußisch-Schlesien hinwiesen, die hauptsächlich auf die Besetzung wenigstens des kleinen Kuffschiner Ländchens warteten, das der Tschecho-Slowakei durch den Friedensvertrag zugesagt wurde. Die Deutschen, so führten sie aus, seien dabei, dieses Gebiet offensichtlich wirtschaftlich zu ruinieren. Unter der Bedrohung werden Gerüchte ausgestreut, daß dieser Tage eine preußische Delegation in Prag über die Abtretung des Tschecho-Slowakei zugesagten Gebietes in Preußisch-Schlesien an Deutschland gegen eine Geldentschädigung verhandelt. Die Fragesteller verlangten Aufklärung, ob der Regierung diese Verhältnisse bekannt sind, und ob die Verhandlungen mehrerer preußischer Delegierter in Prag auf Nichtigkeit beruhen.

In der Beantwortung dieser Interpellation führte Ministerpräsident Tuzsa (Sozialist) aus, daß von irgendwelchen Verhandlungen gar keine Rede sein könne. Es sei richtig, daß unlängst eine Deputation aus dem Gebiete, das nach dem Friedensvertrag an die Tschecho-Slowakei abgetreten werden soll, mit dem Vizepräsidenten der Regierung in Prag über die Abtretung dieses Gebietes an Deutschland Verhandlungen über die Restitutionsfrage begonnen. Dabei sprachen sie die Hoffnung aus, daß vielleicht gewisse Teile des Gebietes bei Deutschland verbleiben könnten, und daß dafür Deutschland andere Gebiete abtreten werde. Ich lehnte, fuhr der Ministerpräsident fort, jegliche Verhandlung in diesem Sinne ab. Es versteht sich von selbst, daß ich mit dieser Deputation unserer neuen Staatsbürger keineswegs sprach, und ich kann nicht dafür, wenn daraus irgendwelche Folgerungen gezogen werden.

### Die Italiener in Innsbruck.

(Eigenes Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
München, 20. Dez. Aus Innsbruck wird gemeldet, daß die Italiener in Innsbruck Wohnräume für die Offiziere des Besatzungsheeres bis 1921 mieten.

### Die Regierung und die Gastwirte.

Berlin, 20. Dez. Zu den Verhandlungen, die nach gestern in später Abendstunde zwischen dem Vorstand des Gastwirtsverbandes und dem Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Peters gepflogen wurden, verleiht Unterstaatssekretär Peters seine Gastwirten mit, daß sich der Reichswirtschaftsminister endgültig auf den Standpunkt gestellt habe, daß eine Verringerung des bestehenden Gewerbesteuer in seinem Falle erfolgen könne. Das Reichswirtschaftsministerium wolle jedoch eine Untersuchung darüber anstellen, ob die Gastwirte wirklich auf den Schleichhandel angewiesen seien, und wolle weiter prüfen, wie weit es möglich wäre, die Gastwirtschaften besser als bisher zu betrieblern.

Der Vorstand des Verbandes gab darauf die Erklärung ab, daß die Gastwirte das Ergebnis dieser Untersuchung abwarten wollten, vorausgesetzt, daß sich die Prüfung nicht allzu lange hinziehe, die Gastwirte würden sonst unbedingt in einen neuen Streik treten, der sich dann über das ganze Reich erstrecken würde. Der Bundesrat des Verbandes Rechtsanwalt Dr. Weidentanz machte folgenden Kompromißvorschlag: Seit vielen Jahren wurde bei der Beratung zu den Ausfuhrabgabenbestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches davon gesprochen, daß bei Verstößen mancherlei Art dem Strafrichter mildere Bestrafung anheim gegeben werden solle. Darauf könne zurückgegriffen werden, indem zu dem Gesetz vom März 1918 ein Zusatzparagraf geschaffen würde, der dem Richter die Möglichkeit gebe, in leichten Fällen auf Geldstrafe zu erkennen. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt.

### Gegen die Vergnügungssucht in den Winterkurorten.

Berlin, 19. Dez. Eine Abordnung schlesischer Industrieller und Arbeiter hat kürzlich dem Reichskanzler in Gegenwart des Unterstaatssekretärs für Ernährungsfragen Dr. Peters Bericht über die drückenden Verhältnisse in Mittel- und Niederschlesien erstattet und dabei die starke Entvölkerung der an Kohlenmangel, Arbeitslosigkeit und schlechter Ernährung leidenden Bevölkerung gegen die üblichen Vergnügungsgelände der Sportplätze in den Winterkurorten erwähnt. Der Reichskanzler hat daraufhin erklärt, daß jede Salummerei und ausschweifende Vergnügungsveranlassung in diesen Orten verhin dert werden müsse. Dazu biete u. a. die Bestimmung einer geeigneten Polizeistunde eine Handhabe. In der Presse ist diese Keuherung so dargestellt worden, als ob der Reichskanzler sich gegen die wintersportliche Betätigung gemandt habe. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß Reichskanzler Bauer hervorzuheben hat, daß der Wintersport an sich im Interesse der Volksgesundheit nur begünstigt und gefördert werden müsse, daß dagegen alle Ausschweife, die mit Sport nicht das Aequivalenz zu tun haben, und die auf ganz anderem Gebiete liegen, bekämpft werden müssen. (N. T. B.)

### Der „Schallsmark“-Tarif der Bankbeamten.

Man schreibt der „Deutschen Tageszeitung“: „Den ersten sich selbständig durch Indizes durch die Veränderung der Lebenskosten regulierenden Tarif hat der Deutsche Bankbeamtenverein, G. B., dem Großbankgewerbe vorgelegt. Das Einkommen der Bankangestellten wird dadurch in festem Gehalt und eine variable Teuerungszulage zerlegt, das sich die Kaufkraft des Einkommens automatisch und mangelschlüssig, unabhängig von den Schwankungen des Geldwertes auf der bei Tarifabschluss vorhandenen Höhe erhält. Die Bedeutung dieser bahnbrechenden Neuheit nicht nur für das Tarifwesen, sondern auch für das deutsche Wirtschaftsleben und den Wirtschaftsfrieden liegt auf der Hand. Der Tarifentwurf vermeidet durch die mangelschlüssige Festlegung der Einkommen die Notwendigkeit ständiger Lohnkämpfe und Streiks und will so zunächst die Bankangestellten von der Sorge und Erregung um ihre Existenzmittel durch die dauernde Sicherung ausreichender Einkommen befreien.“

### Die Zukunft der Arbeiterräte.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 20. Dez. Gestern abend tagte eine Vollversammlung der Arbeiterräte. Richard Müller referierte über die Zukunft der Arbeiterräte. Er referierte alle Vorgänge des abgelaufenen Revolutionsjahres und betonte, daß das deutsche Volk gedankenlos, unerschaffen und unwissend im November 1918 in die Revolution hineingestürzt sei. Die wirtschaftliche Katastrophe würde sich immer mehr zu. Wie die Nation das sinkende Schiff verlassen, stehen die deutschen Kapitalisten mit ihrem Gelde ins Ausland. Die lange noch, und wir stehen vor dem Zusammenbruch der Oberitalischen Leto, die ebenso wie die Wilhelmische zusammenbrechen müsse. Dann komme der Augenblick, für den das Proletariat gerüstet sein müsse.

Als Korreferent der kommunistischen Partei sprach Exner. Er rief, die Beschlußfassung über die Richtlinien zu vertragen, damit keine Fraktion sich nochmals damit beschäftigen könne. Redner verlas sodann den Entwurf der Richtlinien für die neue Räteorganisation, den die Versammlung beschließen sollte. Däumig betonte ebenfalls, daß nunmehr unter die Verganzenheit ein Strich gezogen werden müsse. In kaum vier Wochen würden die Räte, die heute noch bestehen, mit Hilfe des Betriebsrätegesetzes abgemurkt, zu bestehen aufgehört haben. Die nächsten Wochen müßten zum Renausbau der Räte ausgenutzt werden, da sonst das Rad der Entwicklung über sie hinweggehen müsse. Ohne Bezug müssen eigene Rätesysteme vom Proletariat geschaffen werden. Das Betriebsrätegesetz sei ein ausgeprochenes Mittel, alle Arbeiter wieder in die alte Lohnknechtschaft zu bringen.

Nach längerer Aussprache wurde schließlich der kommunistische Antrag, die Beschlußfassung zu vertragen, abgelehnt. Gegen eine Stimme wurde bei Stimm-Enthaltung der Kommunisten der Entwurf Richard Müllers sodann angenommen. Ferner wurde noch eine kommunistische Protestresolution gegen den Aufenthalt Amalano-Bernondis in Berlin und seine Begrüßung durch gegenrevolutionäre russische Offiziere einstimmig angenommen.

### Die Erledigung des Betriebsrätegesetzes.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 20. Dez. Das Betriebsrätegesetz wird nicht in der Sitzung der Nationalversammlung am 8. Januar, sondern erst in einer der Sitzungen vom 18. bis 17. Januar zur Erledigung kommen. Es ist vorgesehen, daß die zweite und dritte Lesung des Gesetzesentwurfs unmittelbar nacheinander folgen, während zwischen der ersten und zweiten Lesung eine Reihe kleinerer Anfragen zur Verhandlung gelangen werden. Nach dem Betriebsrätegesetz wird ein Gesetzesentwurf zur Vermeidung wider Streiks und im Anschluß daran ein Gesetzesentwurf zur Regelung gewerblicher Einigungsverhandlungen zur Beratung gestellt werden.

### Ein vernichtendes Urteil über das Betriebsrätegesetz.

fällt der bekannte sozialdemokratische Vertreter des Rätegedankens Julius Kallisti in der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“. Vor allem verurteilt er die Vorkämpfer über die Bilanzportage und den Eintritt in den Kuffschiner Kreis. Er schreibt: „Nach seiner ganzen Struktur kann das Betriebsrätegesetz den Betriebsräten innerhalb der Verordnungen als Produktionsberater nur die Stellung von Lauschern und Spähern geben, die zu einer höchst unfruchtbaren Tätigkeit verurteilt wären, aber um so mehr zu Instrumenten der Schikane und anderer Schranken für die Produktion werden müssen.“

Seite 2  
Ortsleiter Nachrichten  
Sonntag, 21. Dezember 1918  
Nr. 352